

Gruschka, Andreas

Von der Verpflichtung auf Rationalität zur Rationalisierung von Eigeninteressen. Beobachtungen zu einem globalen Phänomen

formal überarbeitete Version der Originalveröffentlichung in:

formally revised edition of the original source in:

Pädagogische Korrespondenz (2018) 58, S. 4-14



Bitte verwenden Sie in der Quellenangabe folgende URN oder DOI /

Please use the following URN or DOI for reference:

urn:nbn:de:0111-pedocs-211046

10.25656/01:21104

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-211046>

<https://doi.org/10.25656/01:21104>

in Kooperation mit / in cooperation with:



Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der:



INSTITUT FÜR PÄDAGOGIK UND GESELLSCHAFT

PÄDAGOGISCHE KORRESPONDENZ

HEFT 58

HERBST 2018

*Zeitschrift für
Kritische Zeitdiagnostik
in Pädagogik und
Gesellschaft*

BUDRICH UNIPRESS OPLADEN & TORONTO

Die Zeitschrift wird herausgegeben vom
Institut für Pädagogik und Gesellschaft e.V. Münster,
im Verlag Budrich UniPress, Leverkusen

Redaktionsadresse ist:

Institut für Pädagogik und Gesellschaft e.V.
Windmühlstraße 5, 60329 Frankfurt am Main

Redaktion:

Peter Euler (Darmstadt)
Andreas Gruschka (Frankfurt/Main)
Bernd Hackl (Graz)
Andrea Liesner (Hamburg)
Andreas Wernet (Hannover)
Antonio Zuin (Saõ Carlos)

Schriftleitung

Harald Bierbaum (Darmstadt)
Karl-Heinz Dammer (Heidelberg)
Sieglinde Jornitz (Frankfurt/Main)
Marion Pollmanns (Flensburg)

Manuskripte werden als Word-Datei an Sieglinde Jornitz (jornitz@dipf.de)
oder Marion Pollmanns (marion.pollmanns@uni-flensburg.de) erbeten und
durchlaufen ein Begutachtungsverfahren.

Abonnements und Einzelbestellungen:

Institut für Pädagogik und Gesellschaft e.V.
Windmühlstraße 5, 60329 Frankfurt am Main
Der Jahresbezugspreis der *Pädagogischen Korrespondenz*
beträgt im Inland für zwei Ausgaben 23,- EURO zzgl. 4,- EURO Versand.
Das Einzelheft kostet im Inland 12,50 EURO zzgl. 2,50 EURO Versand.
Bezugspreise Ausland jeweils zzgl. gewünschtem Versandweg.
Kündigungsfrist: schriftlich, drei Monate zum Jahresende.

Copyright:

© 2018 für alle Beiträge soweit nicht anders vermerkt sowie für
den Titel beim Institut für Pädagogik und Gesellschaft, Münster.
Originalausgabe. Alle Rechte vorbehalten.
ISSN 0933-6389

Buchhandelsvertrieb:

Institut für Pädagogik und Gesellschaft e.V.

Satz & Layout: Susanne Albrecht, Leverkusen

Anzeigen und Gesamtherstellung:

Verlag Budrich UniPress Ltd., Stauffenbergstr. 7, D-51379 Leverkusen
ph +49 (0)2171 344694 • fx +49 (0)2171 344693
www.budrich-unipress.de

- 4 **ESSAY**
Andreas Gruschka
Von der Verpflichtung auf Rationalität zur Rationalisierung von
Eigeninteressen. Beobachtungen zu einem globalen Phänomen
- 15 **AUS WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG**
Sigrid Hartong
„Wir brauchen Daten, noch mehr Daten, bessere Daten!“ Kritische
Überlegungen zur Expansionsdynamik des Bildungsmonitorings
- 31 **AUS WISSENSCHAFT UND POLITIK**
Annina Förstler
Das „Who is who?“ der deutschen Bildungs-Digitalisierungsagenda
– eine kritische Politiknetzwerk-Analyse
- 53 **REFORMRÜCKSCHLAG**
Michael Brandmayr
Chancengerechtigkeit und individualisiertes Lernen: Zur Verzerrung
zweier Begriffe und ihrer ideologischen Funktion in Österreich
- 74 **AUS WISSENSCHAFT UND PRAXIS**
Oksana Baitinger
Auf der Suche nach pädagogischen Zielen der ganztägigen Betreuung
von Grundschulkindern
- 86 **AUS WISSENSCHAFT UND LEHRE**
Nina Meister
„Wir kämpfen miteinander, dann können wir uns auch beim Vorna-
men nennen.“ — Eine Fallanalyse zu fachkulturellen Besonderheiten
im Verhältnis von Hochschullehrenden und Lehramtsstudierenden
- 100 **THEORIE UND KRITIK**
Alf Hellinger
Das Materialismuskonzept Hans-Jochen Gamms und der Gedanke
einer realhumanistischen Erziehung und Bildung
- 115 **AUS DEM GESTRÜPP DES INSTITUTIONALISMUS**
Wie mit der Korrektur von Abiturklausuren zu verfahren ist

Andreas Gruschka

Von der Verpflichtung auf Rationalität zur Rationalisierung von Eigeninteressen. Beobachtungen zu einem globalen Phänomen

I

Der Text handelt von einer großen Verunsicherung über den Verlauf der gegenwärtigen Geschichtsentwicklung, die wohl viele in den letzten Jahren erfasst hat. Mir geht es vor allem um das Schwinden der Zustimmung zu den einmal als universell behaupteten und vor allem in den westlichen Industrienationen akzeptierten Werten. Sie konkretisierten sich in der allgemeinen Verpflichtung zur Rationalität des Urteils: des individuell verantworteten Vernunftgebrauchs und seiner öffentlichen Darstellung in Politik, Medien, Wissenschaften.

Die europäische Aufklärung galt der ganzen Welt. Sie bildete bei aller ihrer eigenen Dialektik, über die uns nicht zuletzt Adorno und Horkheimer beunruhigend informiert haben, das Fundament unserer Zivilisation. Es geht mit ihr um dreierlei: um die Idee der Wahrheit (der objektiven Welterkenntnis), des Guten (der praktischen Moral und der Idee des guten Lebens) und des Schönen (der Aufgabe der ästhetischen Praxis). Es handelt sich um Leitbegriffe, Maßstäbe, aber auch um bereits gelebte Praxis. Diese unser Leben begründenden und ausrichtenden Ideen galten selbst noch nachdem die Entfaltung der Zivilisation durch Brüche angehalten, beschädigt, ja zerstört wurde, wie im deutschen Faschismus oder im sowjetischen Stalinismus.

So machten sich die Versuche der Etablierung einer deutschen gegen eine „verjudete“ Physik lächerlich. Wernher von Braun hätte sich nie darauf eingelassen, einer wissenschaftlichen Erkenntnis deswegen nicht zu folgen, weil sie von einem Vertreter einer bestimmten „Rasse“ stammte. Aber auch Lyssenkos Anpassung der Wissenschaft an den monströs missverstandenen dialektischen Materialismus Stalin'scher Prägung hat nicht dazu beigetragen, den „großen vaterländischen Krieg“ gegen den Faschismus zu gewinnen, es war vielmehr die fortgeschrittene Technik, die auf den avancierten Wissenschaften aufbaute.

Das ungeheure Vergehen der Nazis gegen jede der überlieferten Auslegungen der Moral, sei es im Sinne Kants oder Smiths, hat die guten Gründe für das begründete Gute nicht geschwächt, sondern eher gestärkt. Der Zweck dieser Unmoral zeigte bereits die Barbarei an, die Mittel die ihm folgten, schienen zwar schier unvorstellbar, konnten dann aber widerstandslos eingesetzt werden. Das beunruhigt bis heute und zwingt dazu, die praktischen Bedingungen zu erkennen, die zu solchem Verhalten geführt haben. In diesem Sinne sind die

Verbrechen unvergänglich vergangen und weil sie gegen alle Errungenschaften der Zivilisation gerichtet waren, bleiben sie der Ausgangspunkt zur Bestimmung der Moral.

Jenseits dieses Rückfalls in die Barbarei gab es bei der Bewertung des Guten nur in wenigen Fällen einen fundamentalen Dissens, wie etwa bei der Frage der Abtreibung. Die Dilemmata für die moralisch richtige Entscheidung (Heiligt etwa der Zweck die Mittel?) wurden in der Regel nüchtern und ernsthaft zwischen den „Kantianern“ und „Smithianern“ diskutiert und strittig erörtert. Daneben galt moralisch für den Rechtsstaat, dass der Täter nur dann verurteilt werden darf, wenn es seine Tat wirklich gibt. Ansonsten gilt: im Zweifel für den Angeklagten. Dass Versprechen gehalten werden müssen oder dass die bewusst irreführende Lüge unmoralisch ist, darüber bestand Einigkeit. Der Wert dieser Werte oder Tugenden wurde bürgerlich inkorporiert, das heißt, mit Bewusstsein bejaht, nicht einfach befolgt, weil es von oben dekretiert war. Dass dergleichen in der Führung eines Staates nicht mehr gelten sollte und gilt, lässt Ungeheures befürchten.

Selbst beim schwächsten Universellen, dem Schönen, kann man durchgängig eine wie immer auch konkret umstrittene oder unverstanden gebliebene Suche nach dem ästhetischen Ausdruck finden, der als Vorschein dienen soll für das Versöhnte und Gute. Oder wie Adorno einmal pointierte: Dass Kunst uns verstört, uns mit dem Schlimmsten konfrontiert, dient letztlich dazu, die so ausgelöste Verzweiflung als rettende zu begreifen.

II

Meine Generation ist berühmt berüchtigt geworden als Kritiker an der Gesellschaft. Diese Kritik hat mit dazu beigetragen, jenen Ideen mehr Geltung zu verschaffen und damit die Gesellschaft weiter zu zivilisieren. Wer unter diesem Gesichtspunkt aus dem befreundeten und weniger befreundeten Ausland in die Bundesrepublik zurückkehrte, erlebte beruhigt den Wert dieses Fortschritts. Das relativ Bessere verdiente eine Anerkennung, die die Kritik am Fehlenden und Falschen eher befeuerte als verunmöglichte. Es ging um Fortschritt als Reform.

Was waren die Zeichen dieses Fortschritts? In den demokratischen Gesellschaften konnte man damit rechnen, dass eine freie Presse ein Wächteramt gegenüber drohendem oder eingetretenem Machtmissbrauch wahrnahm. Berühmt wurde in der alten BRD der Test eines solchen Amtes mit der Spiegel-Affäre Anfang der 1960er Jahre, als der Herausgeber und mancher der Seinen ins Gefängnis gesteckt wurden, weil ein Bundesminister der Meinung war, die Zeitung habe „Staatsgeheimnisse“ verraten. Die Zivilgesellschaft beantwortete das mit massivem Protest. Danach gab es dergleichen Übergriffe des Staates nicht mehr.

Das Vertrauen in den Rechtsstaat und die Unabhängigkeit der Justiz entwickelte sich trotz mancher Skandale. Auch wenn manchmal weiter galt, dass die Kleinen gehängt und die Großen laufengelassen werden, zeigte sich in manchen Skandalen die neutrale Kraft der Justiz, etwa als ihre Weigerung, sich sagen zu lassen, wie sie zu urteilen habe.

Der Ruf der Polizei wandelte sich vom prügelnden Staatsbüttel zum dienstleistenden Befrieder. Das wird leicht übersehen, wenn man an die massiv aufgerüstete Staatsmacht denkt, die bei Großdemonstrationen die Proteste kanalisieren oder Ausschreitungen verhindern will. Der Mord eines Polizisten am Studenten Ohnesorg hat hier zu einem heilsamen Schock geführt. Heute können wir im Polizisten einen Bürger in Uniform erwarten und auch erleben.

Die Naturwissenschaften haben fraglos akzeptiert, dass ihre Aussagen nur dann etwas taugen, wenn sie im Wortsinne universell gelten, also überall nachprüfbar sind. Dazu zählt wie bei den Aussagen zum Klimawandel auch der Streit oder anders ausgedrückt das Falsifikationsprinzip als Suche nach dem Beweis durch den Beleg des Gegenteils. In den verschiedenen Modellierungen der Sozialwissenschaften drückt sich Pluralität aus, die aber nur dann wissenschaftlich genannt werden kann, wenn sie sich dem Streit, d.h. der Logik des besseren Argumentes unterzieht. Die Expertise der Wissenschaft, wie sie sich in den Gutachten und Empfehlungen der dafür eingesetzten Gremien ausdrückt, galt als Ausdruck hoher, weil konsensuell versicherter Rationalität. Mit Adorno/Horkheimer wurde sogar die Kritik wieder – nach einem schwierigen Lernprozess – gesellschaftsfähig. Man kann sagen, dass sie, nachdem die angekündigte Revolution ausblieb, in das bürgerliche Milieu einzog. Umso verückter erscheint es, wenn in diesem Milieu alles gegenwärtige Unheil auf jene Konjunktur der Kritik bezogen wird. Die Intellektuellen der 1960er und 1970er Jahre waren fast alle mehr oder weniger links, liberal und verfassungspatriotisch d.h. darauf geeicht, die Gesellschaft zu einer besseren, gerechteren und lebenswerteren zu machen. Willy Brandt wurde der Führer einer neuen Internationale, einer, der die Sorgen der sogenannten „Dritten Welt“ ins allgemeine Bewusstsein hob.

Die von manchen Intellektuellen gegen die Aufklärung vorgebrachte Rede vom Eurozentrismus ihrer Ideen oder die Dekonstruktion ihrer Rationalitätsunterstellungen habe ich selbst nie als Absage an die Aufklärung gelesen, sondern als Momente ihrer unverzichtbaren Selbstkritik. Das alles ließ sich in den 1960er bis zum Ende der 1980er Jahren beobachten.

1989 wurde gleichsam zum Höhepunkt dieser Entwicklung. Denn nun wich die systemübergreifende Irrationalität der Kämpfe der ersten beiden Welten einer Einsicht in die Notwendigkeit, global zu denken, die neue Spielräume für Vernunft in der Politik eröffnete. Der Universalismus bezog sich nun wirklich auf die eine Welt. Ich erinnere anekdotisch daran, dass danach die erst kurz zuvor neu ausgerüsteten, idiotisch beruhigenden Atombunker, einer davon hinter meinem Garten, ihre Funktion verloren.

All dies sind Aspekte, die mich von einer „Erfolgsgeschichte“ der Rationalität in Staat, Wissenschaft und Gesellschaft sprechen lassen. Vollzogen wurde das in bewusster Einseitigkeit, denn es gibt natürlich viele schlechte Nachrichten. Aber die schlechte, auf die es hier ankommt, ist allein, dass der erreichte Fortschritt als massiv bedroht erscheint.

III

Der eingangs erwähnte Zustand der Verunsicherung ist mit beidem verbunden. Denn das immer neu zu erstreitende Vertrauen in die universellen Werte und die Rationalität der Urteilsbildung wird gegenwärtig nicht nur als brüchig und erschöpft erfahren, vielmehr wird es im Zentrum der Gesellschaft, ja von manchen ihrer politischen Spitzen zunehmend der Lächerlichkeit preisgegeben. Nicht wenige Führer von Staaten der europäischen Aufklärung demonstrieren, dass es auch ganz anders gehen kann, ja gehen soll. Außerhalb intellektueller oder akademischer Kreise mag dies von den Ewiggestrigen immer schon so gesehen worden sein. Nun aber hat diese Abkehr von verbindlicher Rationalität die Mitte der Gesellschaft erreicht und spätestens seit Trump regiert sie von ganz oben die Welt.

2015 brach über die europäischen Staaten das ein, was danach als „Flüchtlingskrise“ bezeichnet wurde. Deren Bild flimmerte täglich über die Bildschirme. Man sah unendlich lange Kolonnen von Menschen auf der Flucht, zusammengepfercht auf Schiffen und Schlauchbooten oder auf dem Balkan zu Fuß unterwegs. In Budapest verstopften die Straßen vom Andrang der weiterstrebenden Menschenmassen. Die älteren Deutschen erinnerte das an die Trecks der Flüchtlinge aus dem Osten am Ende des 2. Weltkrieges. Nicht zuletzt war das ein Motiv für das einmalige Erlebnis der Willkommenskultur. In München strömten tausende Bewohnerinnen und Bewohner zum Bahnhof, um die Flüchtlinge zu begrüßen und zu versorgen.

Schon mehrfach zuvor hatte gegen solche Einwanderung in Deutschland der Rechtsradikalismus mit Aktionen reagiert; wie vor 25 Jahren mit dem Verbrennen von eingewanderten Türken in ihrem Solinger Haus. Schon damals hieß es von der radikalen Rechten: „Das Boot ist voll!“ Nun aber kam eine ungleich größere Masse von Menschen in unser Land. Die Kanzlerin dekretierte dennoch: „Wir schaffen das!“

Die sich aus Afrika und dem Nahen Osten auf den Weg nach Europa aufmachenden Flüchtlinge haben sich nicht wegen der hier im Zentrum stehenden Werte und Rationalität von allem gelöst, was sie besaßen und sich unter Lebensgefahr auf die „Reise“ gemacht. Dass die durch die chaotischen Kriegslagen zur Flucht in das sichere Europa Getriebenen dort nicht unbedingt erwarteten, was uns hier so wertvoll war, sondern physische Sicherheit und Wohlergehen, ist nicht verwunderlich. Dass sie unsere Werte schätzen lernen werden, ist aber eine unverzichtbare Hoffnung.

Das wird nun vielfach als Illusion von denen bekämpft, die sich für das Volk halten. Sie organisieren sich bzw. werden erfolgreich organisiert durch Zeitgenossen, die wahrlich zu den Privilegierten gehören. In unserem Land – noch etwas geringer als in manchen Nachbarländern – hat eine Verdrossenheit, ja Abkehr von jenen uns das gute und gerechte Leben vermittelnden Werten begonnen. Die Machtlosigkeit der dagegen gerichteten Stimmen, die Abtrünnigen zu überzeugen, zurück zu den Werten zu kommen, wird immer stärker als ein Menetekel wahrgenommen. Ein Zeichen für einen neuen, weitgehend

globalen Bürgerkrieg im Innern wie unter den Nationen, die mit allen Mitteln „first“ sein wollen. Die damit bezeichnete Beklemmung veranlasst gegenwärtig mit dem Schlimmsten zu rechnen.

Das, was die Kanzlerin in der Not der Situation zur Beruhigung mitteilte, war berechtigt. Denn die ökonomische Potenz unseres Landes wie auch die bis dahin angenommene zivilisatorische Verantwortung der Bevölkerung lassen es zu, dass die Integration derjenigen gelingen kann, die hierbleiben wollen und dürfen. Mit der Zeit wäre es zu schaffen, wenn nicht in diesem Augenblick eine Hetze gesellschaftsfähig geworden wäre, mit der ein kruder deutschtümelnder Nationalismus breite Kreise der Bevölkerung ergriffen hat. Waren es zunächst Extremisten, so wurde nun mancher Konservative, ja auch linke Bürger der Fürsorge für die überdrüssig, die hier in ihren Augen nichts zu suchen haben. Sie hatten den Eindruck, die Grenzen der Solidarität seien erreicht, die Hiesigen würden zu den Verlierern dieser Emigration. Sie würden aus den letzten preiswerten Wohnungen verdrängt, der eigene Bezirk zu einem Ghetto. Die Leute von draußen würden den Hiesigen die Arbeitsplätze wegnehmen. Um die Geflüchteten, nicht um sie kümmere sich der Staat.

Aber auch jenseits solcher häufig stellvertretend für die Gemeinten ausgedrückten Ängste verbreitete sich das Gefühl, immer weniger heimisch zu sein unten denen, die die eigene Lebenswelt beginnen zu dominieren: etwa indem ungehobelte Gruppen von ausländischen jungen Männern sich dort breit machen, wo man sich bislang unter sich und wohl fühlte.

Nach 2015 gab es in Deutschland eigentlich kein anderes Thema mehr und inzwischen hat es so manche infiziert, die die scheinbare oder tatsächliche Unfähigkeit des Staates und der Politik, das Problem zu lösen, dazu veranlasst, Sympathien mit großmäuligen, autoritären Führern zu entwickeln. Nicht ihre Vorschläge der Problemlösung, die man schlecht so benennen kann, sind attraktiv, sondern der Gestus des „Starken Mannes“, heiße er Putin, Erdogan oder nun auch Trump. Wie wirkt sich das auf die Errungenschaften aus, von denen ich sprach?

Das Justizsystem wird von diesen Leuten als unfähig wahrgenommen, den Rechtsstaat durchzusetzen; man denke nur an die Dauer der Verfahren. Die Politik behindere zusätzlich das Recht durch unklare, zu komplizierte Richtlinien, die wiederum auch der liberalen Verfassung und dem Prozedere des Rechtsstaates geschuldet sind. Deswegen käme es so manchen Mitbürgern entgegen, wenn das Recht zur Schaffung klarer Verhältnisse, also etwa für umstandslose Abschiebung, gebrochen würde. Der Fall dazu aus NRW ist bekannt, und Gott sei Dank zum Skandal geworden, was aber nicht bedeutet, dass eine zunehmende Masse der Bevölkerung den Rechtsbruch des dortigen Ministers nicht guteheißen hat.

Die Medien wachen über die Prozesse, aber sie werden zunehmend von denen als Feinde der Bevölkerung bezeichnet, die sich für das Volk halten. Die neue Rechte fühlt sich verfolgt, ausgegrenzt von parteiischen Medien. Ihnen wird letztlich vorgeworfen, dass die hochgehaltene Objektivität zu nichts anderem diene als zum Aufrechterhalten der Machtverhältnisse. Dafür werden sie als Lügenpresse behandelt, die deutsche Variante der „fake news“.

Das linke wie das linksliberale Projekt der offenen und öffnenden Gesellschaftsreform wird als dasjenige wahrgenommen, welches dem Volk die Krisen eingehandelt habe. Immer mehr Intellektuelle machen sich daran, rechtskonservatives Denken hoffähig zu machen. Dabei kommt es zu manchen Auswüchsen (wie zu den Behauptungen, dass die Deutschen sich abschafften und sich wehrlos muslimisierten). Sarazin wurde zwar erfolgreich öffentlich skandalisiert, aber das schreckte sein millionenstarkes Publikum nicht davon ab, seine abenteuerlichen Extrapolationen zu glauben.

Dieser ehemalige sozialdemokratische Senator Berlins wurde ebenso zum Sprachrohr dieser Millionen verunsicherter Bürger wie die rechte Hand des ehemaligen Ministerpräsidenten des Landes Hessen, Alexander Gauland. Dass sie so erfolgreich sind, ist angesichts der objektiven Lage der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung verwunderlich. Denn der Sozialstaat in Deutschland versorgt die Menschen weiterhin vergleichsweise gut, die sozialen Sicherungssysteme funktionieren gegen alle Menetekel. Die Wirtschaft bietet den Arbeitenden weitgehend gute Verdienstmöglichkeiten, viele dort freuen sich über die möglichen Fachkräfte aus Kreisen der Emigranten, denn die hiesigen Nachwuchskräfte fallen vielfach aus. Man könnte annehmen, dass die vielen prekär Abgehängten die Avantgarde des Widerstandes gegen die aufgeklärte Zivilisation wären. Davon kann aber keine Rede sein. Es schreien und agitieren besonders laut diejenigen, die ihr bisheriges Wohlergehen bedroht sehen und sei es abstrakt als das einer fiktiven deutschen Allgemeinheit.

Viele, denen es gut geht, ficht das alles nicht an. Kann die rechte Aufregung als eine in der Richtung unerwünschte Politisierung verstanden werden, so – das zeigt u.a. die steigende Zahl von Nichtwählern – besteht eine ebenso wachsende Entpolitisierung weiter Kreise.

Das macht sich auch an dem Ort bemerkbar, der wie kein anderer bisher als der der kritischen Urteilsbildung galt, der Universität. Sie sollte und wollte das „Kompetenzzentrum“ für die mit jenen Werten verbundene Bereitschaft zu differenzierten Urteilen sein, zu Genauigkeit, leidenschaftlicher Leidenschaftslosigkeit, geduldigem Zuhören, interessiertem Verstehen, zum Wahrnehmen des Anderen als einer kritisch das eigene Urteil prüfenden Instanz, als jemanden, von dem man lernen kann. Dieses ideale Milieu, um sich zum Bewusstsein seiner selbst und der Gesellschaft zu ermächtigen, wurde durch die vergangenen und die anhaltenden Reformen des Bildungssystems immer stärker eingengt. In dieser Zeitschrift haben wir das vielfach dokumentiert.

Dieser dort erfahrene Wandel der Diskurse spiegelt sich ebenso in den öffentlichen Medien. Man erinnere sich nur an die seriöse nüchtern leidenschaftliche Analyse von politischen Vorgängen in „Werner Höfers Frühschoppen“ und vergleiche das mit dem unterhaltungssseligen Geraufe in den heutigen „Talkshows“, die ja nicht umsonst so heißen. Adorno bekam 30 oder 50 Minuten, um im Radio seine Sicht auf einen Gegenstand darzulegen, heutige Sendungen zum Tage werden von Experten gefüllt, die das Wissen der Bevölkerung weitgehend reproduzieren. Sie repräsentieren eine Pluralität der Standpunkte als Zeichen von Beliebigkeit oder subkutaner Parteilichkeit.

Das hat seine Auswirkungen auf die Art, wie überhaupt noch diskutiert wird. Wer eine bestimmte Basis seines Urteils als gültig reklamierte, musste einmal damit rechnen, dass sowohl diese wie jenes in Frage gestellt wurde. Nun reicht schon aus, dass man eine andere Meinung hat. Man hat sie nicht provisorisch, sondern immer schon als Überzeugung. Mit dieser weiß man bereits im Voraus, dass der Andere im Unrecht ist bzw. nichts anderes will, als mich selbst ins Unrecht zu setzen. Wirksam wird das mit Hilfe neuer Formen der Rationalisierung von Vorurteilen. Objektiv Dummes wird als Logik ausgegeben.

IV

Um konkreter zu werden: Nachdem vor zwei Jahren die Sylvesterfeier in Köln aus dem Ruder lief, weil Hundertschaften von männlichen muslimischen Flüchtlingen deutsche Mädchen und Frauen belästigten, ist aus der Willkommenskultur eine Verdachts- und Erregungskultur geworden. Innerhalb von wenigen Monaten danach kam es in der Nähe von Frankfurt/Main zu zwei Morden an jungen Mädchen durch muslimische Flüchtlingmänner.

Es besteht keine Aussicht darauf, dass bei mehr als einer Million Flüchtlinge, darunter einer Mehrheit junger Männer, diese kriminellen Verhalten und Taten nur deswegen abschwören, weil sie hier Flüchtlinge sind. Einige von ihnen greifen zu kriminellen Mitteln, vielleicht auch deshalb, weil sie, eben erst angekommen, um alle wesentlichen Möglichkeiten gebracht wurden, sich

in dieser Gesellschaft zu bewähren. Vor diesem Hintergrund ist es eher verwunderlich, wie wenig bislang in unserem Land passiert ist.

Wenn es aber passiert, dann wird daraus inzwischen ein wochenlang die Medien, das heißt den öffentlichen Diskurs beherrschendes Thema. Es finden Demonstrationen für die Fremden als Antwort darauf statt, dass andere das tote Mädchen als das erste von Tausenden auszeichnen, die geopfert werden, wenn „Merkel nicht weggefegt“ wird und die Muslime dorthin zurückgezwungen werden, woher sie kommen. Nun werden diese Leute, die inzwischen mit einer Partei quasi zum seriösen Inventar von Parlament und Talkshows gehören, mit Sprechern ausgestattet, die ihre „rationalen Gründe“ für solche Forderungen verbreiten. Wenn in einer solchen Show etwa von einem Kriminologen gesagt wird, dass die Rate von Gewaltverbrechern unter den Flüchtlingen nicht höher sei als die unter anderen Randgruppen oder gar der Gesamtbevölkerung, ja dass unter Berücksichtigung von sozialen Indikatoren die Rate sogar überraschend niedrig sei, so ficht das die Anwälte des deutschen Volkes nicht an. Gesagt wird etwa: „Wenn es diese Flüchtlinge nicht gäbe, würden die Mädchen noch am Leben sein. Wenn man keine weiteren Mädchenmorde will, muss man die potentiellen Täter aus dem Verkehr ziehen.“

Das ist objektiv eine perfide Rationalisierung, aber für viele wird es ein überzeugendes Argument. Mit ihm wird für die Bewertung des Einzelfalles völlig irrelevant, was diesen zum Fall gemacht hat. Viel einfacher und schlagender ist der Hinweis, dass der Täter das Merkmal „muslimischer Flüchtling“ hatte (erklärt mit der allgemein dort zu findenden Tendenz machohaftes Männergewalt gegen Frauen). Das sei ausreichend, um die Zurückschickung aller entsprechenden Flüchtlinge zu fordern. Auch in den Morden zeige sich das Übertragen der Gewalt der Heimatländer und somit, dass der Islam nicht zu Deutschland gehöre. Handfester wird es, wo die Forderungen ausgeweitet werden. Dann ist etwa von den bereits etablierten Parallelgesellschaften die Rede, die hochgradig klandestin und kriminell geschlossen seien. Wer das eindämmen wolle, müsse kollektive Vertreibung einleiten und die Bildung weiterer solcher Gegengesellschaften verhindern.

Solche „Rationalität“ findet immer mehr Zulauf vor allem deswegen, weil die Gegenposition nicht die falsche Logik aufzeigt, sondern oft bloß moralisierend antwortet und aus dem Muslim den guten lieben Menschen macht oder weil eben der steuernden Politik und in der Folge dem Rechtssystem und der Polizei nicht mehr zugetraut wird, die Probleme richtig zu verstehen oder gar zu lösen. Die so zugeschriebene Naivität der Fremdenfreunde und das laissez-faire der staatlichen Stellen verlange nach der starken ordnenden Hand. Sie wird zum Symbol der neuen, gestaltenden Rationalität, die sich nur noch mit einer lebenden Figur verbinden muss, um wirkmächtig zu werden.

Wenn es so kompliziert ist, dass der Knoten nicht aufgelöst werden kann, helfe nur noch das Schwert. Das könne man aus der Antike lernen und das sei nicht Willkür, sondern Ausdruck einer Vernunft, die nicht nur zuschaut, sondern eingreift. Dass eingegriffen werden müsse, sei auch eine Frage der Moral. Wo die Gefahr vor Augen stehe, müsse gehandelt werden, sonst versündige

man sich an den vielen Mädchen, die man zu Opfern werden lasse. Während die einen die Verhältnisse unerträglich moralisierten, schaffen die anderen moralische Zustände.

Hierzu sei auf einen zweiten Fall knapp eingegangen, den wir dem AfD-Vorsitzenden Gauland verdanken. Die Funktionäre dieser Partei provozieren mit Tabuverletzungen, weil sie damit eine ungeheure Aufmerksamkeit erhalten. Die Gegenwehr beantworten diese Funktionäre dann mit der Attitude der Märtyrer: Sie seien missverstanden, ja politisch missbraucht worden. Der Anhängerschaft aber gefällt der Tabubruch, weil in ihm angesichts der allseits wahrgenommenen Moralisierung der Politik in allen Lebensbereichen, Tabubruch Lustgewinn bereitet. Da traut sich endlich jemand etwas, haut auf den Putz, nun sogar vor der Volksvertretung im Bundestag als Sprecher der Opposition. Alle Ausdrücke des pluralen Lebens und des Liberalismus werden attackiert. Beliebt ist der Geschlechter-Diskurs, aber auch die Geschichte wird anders öffentlich betrachtet, anders als mit dem ewig dräuenden und drohenden Hinweis auf den Faschismus als das zentrale Erbe Deutschlands.

Dieser AfD-Vorsitzende Gauland hat vor der rechtsradikalen Jugend seiner Partei erklärt, verglichen mit der mehr als tausendjährigen großen Zeit der Deutschen seien die 12 Jahre zwischen 1933 und 1945 „Fliegenschiss“! Ja, wir stünden weiter in der Verantwortung für den Judenmord, aber der sei eben monströs überbewertet und negiere die ganze glorreiche Geschichte. Zu der erklärte er dann auch das tapfere deutsche Soldatentum des ersten wie des zweiten Weltkrieges.

Darauf reagiert die „anständige“ Gesellschaft mit Empörung. Sie bezieht sich vor allem und zurecht auf das Bild, das der Agitator daraufhin pflichtschuldig als verunglückt erklärt. Das Bild steht im monströsen Gegensatz zur Sache, die es charakterisieren soll. Gauland vertritt, anders gesagt, folgende Position: Eine deutsche Geschichte, die alles und jedes auf den archimedischen Punkt von Faschismus und Judenmord beziehe, sei weder wissenschaftlich als wahr zu bezeichnen, noch moralisch als angemessen, noch treffe sie das Empfinden von Menschen, die mit Beethoven, Mozart, Goethe, mit Daimler, Bosch und Siemens, mit Planck und Sauerbruch usw. aufgewachsen seien. Deutsche Soldaten seien im 2. Weltkrieg Helfer eines Diktators, aber im Kampf um das Überleben und den Schutz der Heimat seien sie keine Verbrecher, sondern mutige Kämpfer gewesen. So wie auch der Rotarmist und der Engländer. Das nicht anzuerkennen, würde diesen Menschen noch einmal unrecht antun.

Das Problem besteht nun nicht darin, dass man dagegen nicht argumentieren könnte und auch muss, es besteht darin, dass hier eine Schleuse aufgemacht wird, durch die der Relativismus der Meinungen und Standpunkte als bislang unterdrückte Rationalität und Wahrheit hineinströmt, die sich mit aller Gewalt als Geltungsmacht etablieren will. Man will nicht bloß eine andere Lesart zur Geltung bringen, die andere Seite der deutschen Geschichte, sondern den bisherigen *mainstream* zerstören und sich an dessen Stelle setzen. Damit wird aber jener „Fliegenschiss“ zur Ausnahme und zu einem Betriebsunfall erklärt.

Es geht nicht so sehr um Ausgewogenheit oder ein „Einerseits und Andererseits“, sondern um Entsorgung angesichts unausgesetzten Besorgtseins.

Das hatte in Deutschland bereits Tradition. Man denke nur an Martin Walsers Rede. Nun aber wird es zu einem perfiden Signal für eine Umkehr der Geschichtsschreibung. Ihren missverständlich sinnigsten Ausdruck erhielt es mit der Bezeichnung des riesigen Berliner Denkmals für die ermordeten Juden als einem „Denkmal der Schande“. Nicht gemeint ist der Judenmord, sondern das Denkmal als eine Schande.

Mit solchen Attacken wird faktisch außer Kraft gesetzt, was als Vernunft zur Mäßigung veranlasst und mit der Differenziertheit von Urteil und Kritik, vor allem der immanenten, bislang weitgehend galt.

V

Am Horizont taucht wohl nicht die Wiederauflage des Faschismus auf, aber eine Gesellschaft, in der der Kampf gegen den als fremd und feindlich erlebten, als Konkurrenz wahrgenommenen Anderen alle Lebensbereiche bestimmt.

Trump macht es vor. Wenn überall nur noch „me first“ gilt, es aber „first“ nur gegen alles andere geben kann, und „first“ unter den obwaltenden Konkurrenzbedingungen der Ökonomie das Streben nach dem beherrschenden Platz bedeuten muss, dann haben wir den Kampf aller gegen alle wieder eingeführt. In diesem Kampf gibt es keine pazifizierende Rationalität mehr. Aus dem Universellen als dem alle Menschen Verbindenden wird das Allgemeine des Partikularinteresses. Dieses war dem Kapitalismus immer eigen. Aber er war doch eingeeht durch die Aufklärung des Bürgers und dessen Errungenschaften in Recht, Politik, Kunst, Wissenschaft, Medien.

Auch die Globalisierung gehört dazu, denn mit ihr ist eine Vernetzung entstanden, die das isolierte Gegeneinander schwerer durchführbar macht. Sie gilt Autoren wie Albert Hirschman als pazifizierender Faktor, auch wenn Globalisierung wenige Gewinner und viele Verlierer kennt. Je komplexer und dichter aber das Netz wird, desto stärker, desto größer wird die Lust und wohl auch die Bereitschaft, durch brutale Einschnitte sich aus dem Netz zu befreien. Das war – ich denke da an die linke Politik des revolutionären Portugals – einmal ein schönes, wie sich bald aber zeigte, ein törichtes, weil moralisierendes Projekt ohne ökonomische Potenz. Jetzt wird die Idee, sich ökonomisch vom Weltgeschehen unabhängig zu machen, zur Waffe der Großdealer.

Dass Trump einfach und aus dem Bauch heraus urteilt, sollte man ernst nehmen. Er fühlt sich so frei, weil er nicht mehr an Bedenken gebunden ist, die sich letztlich doch als Beschränkung seines Willens herausstellen würden. Das macht ihn für viele zum Vorbild und Helden. Seine intellektuelle Dürftigkeit paart sich mit grandioser Macht. Putin zeigt uns rationaler, wie man im Windschatten solchen Gebarens reale Machtpolitik betreiben kann, eben „Russland first“ auch gegen inneren Widerstand und mit Rückgewinnung verlorener Gebiete. Erdogan phantasiert von einem neuen osmanischen Reich, das alle Muslime vereinigt unter seiner Führung. Xi Jinping hat sich zum Kaiser von China gemacht, Orban zum Retter Europas.

„Sich von der eigenen Ohnmacht und der Macht der anderen nicht dumm machen zu lassen!“ – Adornos „fast unlösbare“ Forderung besteht fort, aber sie zu verfolgen, fällt wohl in einer Situation immer schwerer, in der sich zunehmend breite Kreise der Gesellschaft um jene die Menschen verbindende Rationalität nicht mehr kümmern mögen. Sie haben es satt, dieses sie disziplinierende und einschränkende „dem Wahren, Schönen und Guten“. Es kam zu häufig von denen, die Wasser predigten und Wein tranken. Sie halten es nun viel lieber mit den guten und schönen Waren und einem starken, ihre Partikularinteressen gegen Fremde schützenden Führer. Trübe Aussichten, aber auch eine Herausforderung zum Widerstand.